

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 30.04.2023)

Titel: Genoss*innenschaften für alle!

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen und über den Bundeskongress der Jusos, den Landesparteitag der SPD Sachsen sowie den Bundesparteitag der SPD an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Antragstext

1 Für uns als Jusos ist die Demokratisierung der Wirtschaft ein zentraler
2 Bestandteil unseres sozialistisches Selbstverständnisses. Eine Demokratie, in
3 der ein hoher Anteil der Macht in der Hand einiger weniger liegt, ist
4 langfristig nicht funktionsfähig und unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung
5 sorgt durch ihre inhärente Kapitalakkumulation für genau diese
6 Machtkonzentration.

7 Die Unternehmensform der Genossenschaft kann im besten Fall dafür sorgen, dass
8 der Besitz an Produktionsmittel nicht in den Händen einzelner Kapitalist*innen,
9 sondern gemeinschaftlich in den Händen der „Beschäftigten“ (die in diesem Fall
10 auch Eigentümer*innen) der Betriebe liegen.

11 In Deutschland existieren bereits einige Wirtschaftszweige, in denen
12 Genossenschaftsmodelle üblich sind, wie Banken oder Wohnungsunternehmen. Diese
13 sind aber oftmals nur mangelhaft demokratisch organisiert, die
14 Mitbestimmungsrechte beschränken sich zum Teil auf Briefwahlen zu
15 Vertreter*innenversammlungen alle paar Jahre. Damit geht der besondere Charakter
16 der Genoss*innenschaft gegenüber anderen Eigentumsmodellen wie der
17 Aktiengesellschaft mehr oder weniger verloren. Unsere Idealvorstellung der
18 Genoss*innenschaft ist die einer aktiven demokratischen Selbstverwaltung, in der
19 sich alle Beteiligten als gleichberechtigte Inhaber*innen verstehen.

Wir fordern von staatlicher Seite nicht nur eine verstärkte steuerliche Förderung des Genoss*innenschaftsmodells, als auch die Einführung, Bewerbung und Beratung zu neuen Modellen des Genoss*innenschaftsmodells, wie Energie-, Industrie- oder IT-Genoss*innenschaften. Zu diesem Zweck fordern wir die Einführung von Genoss*innenschaftsberatungen, in der Menschen mit dem Willen zu einer Unternehmung aktiv auf die Möglichkeiten der Genoss*innenschaft hingewiesen werden. Auch Unternehmen, die oftmals akut nachfolge-gefährdet sind (z.B. kleine Handwerksbetriebe im ländlichen Raum) sollen aktiv auf die Möglichkeit der Überführung oder Umwandlung in eine Genoss*innenschaft (auch in Kooperation mehrerer betroffener Betriebe) hingewiesen werden.

Unser langfristiges Ziel ist die Überführung aller Unternehmen in Deutschland in basisdemokratische Hand.